Heft 5-2023 | EUR 9,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Kämpfer und Impulsgeber – Erinnerungen an Otto König

Kai Burmeister u.a.: »Fachkräftemangel«

Beiträge u.a. von Kim Lucht, Janina Puder, Rebecca Schmidt. Peter Brandt, Joachim Bischoff, Wolfgang Herzberg, Hasko Hüning, Michael Wendl, Jörg Deml, Bernhard Sander

Forum Gewerkschaften

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

CDU: »Die Partei lebt, die Partei arbeitet, die Partei diskutiert mit, die Partei denkt mit«

Nach 16 Jahren Angela Merkel, einer verlorenen Bundestagswahl und dem ersten Jahr in der Opposition will sich die CDU ein neues Grundsatzprogramm verpassen. Das alte stammt noch aus 2007. [...]

Friedensdividende in Nordirland?

Am Karfreitag 1998 unterzeichneten die Verhandlungsparteien das Abkommen von Belfast, das Good Friday Agreement. Das Vertragswerk beendete den längsten gewaltsamen Konflikt in einer europäischen Region nach dem Zweiten Weltkrieg. [...]

Der Trumpismus und die Spaltung der US-Gesellschaft

Der ehemalige amerikanische Präsident Donald Trump muss sich der New Yorker Justiz stellen. Eine Grand Jury in Manhattan hat für eine strafrechtliche Anklage gestimmt, das bestätigte die Staatsanwaltschaft in New York. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 5 | Mai 2023 | 50. Jahrgang | Heft Nr. 483

Die Ampel-Koalition in Konflikten

Björn Radke: 1,5-Grad-Ziel nicht mehr zu schaffen, aber jedes zehntel Grad zählt . . . 2

Janina Puder/Kim Lucht: System change not climate change – aber wie? Ein Plädoyer für den politischen Streik . . . 6

Bernhard Müller: Kindergrundsicherung als Scheidungsgrund? Ampel zerlegt sich bei der Armutsbekämpfung . . . 11

Hasko Hüning: Erfolgreiche Erneuerung der SPD? . . . 15

Der Ukraine-Krieg und die Weltlage

Peter Brandt: Gemeinsame Sicherheit . . . 21

Redaktion Sozialismus.de: Ein »langwieriger Nichtfriede« in der Ukraine? . . . 25

Michael Wendl: Ein kritischer Blick nach Osten, statt nach dem Westen . . . 29

Bernhard Sander: Macron, Europäische Souveränität – eine Zwischenbilanz . . . 34

Politische Ökonomie des Kapitalismus

Joachim Bischoff: Die aktuellen Polykrisen Ein Blick auf die ökonomisch-politischen »Schocks«, die auf uns zukommen . . . 40

Forum Gewerkschaften

Heinz Bierbaum/Richard Detje: »Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang« Unserem Kollegen, Genossen und Freund Otto König (6.9.1945–31.3.2023) . . 47

Hartmut Schulz/Alfons Eilers: Kämpfer, Impulsgeber und Orientierer – streitbar, kollegial, solidarisch . . . 49

Kai Burmeister/Maren Diebel-Ebers/Jendrik Scholz: Fachkräftemangel Thesen, Befunde und Handlungsempfehlungen aus gewerkschaftlicher Sicht . . 53

Matthias Ebenau/Jörg Kirsten/Manuel Schmidt/Benjamin Zabel/Uwe Zabel: Jenseits der palliativen Tarifpolitik Der Konflikt um Sozial- und Zukunftstarifverträge bei GKN Driveline . . . 58

Buchbesprechungen und mehr

Mario Keßler: Ein Weckruf an die Linke Susan Neimans neues Buch »Left Is Not Woke« . . . 61

Wolfgang Herzberg: Zur Judenfeindschaft und ihrer Bekämpfung . . . 64

Jörg Deml: 100 Jahre »Marxistische Arbeitswoche« . . . 68

Impressum | Film

Impressum. . . . 67

Rebecca Schmidt: Im Westen nichts Neues (Filmkritik) . . . 69

Supplement

EurMemo-Gruppe: **EuroMemo 2023**
Europa in der Polykrise: Kämpfe um Überleben, Klima- & Energiegerechtigkeit

Die aktuellen Polykrisen

Ein Blick auf die ökonomisch-politischen »Schocks«, die auf uns zukommen

von ■ Joachim Bischoff

Foto: picture alliance/dpa

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 eine »Zeitenwende« konstatiert. Die politischen Folgen nach dieser Zäsur: Jahrzehntelang praktizierte Grundsätze der westlichen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik gelten seither nicht mehr. Statt internationaler Kooperation, Globalisierung, internationaler Governance und gemeinsamer Sicherheit sind jetzt Abgrenzung, Aufrüstung und nationale Resilienz innerhalb des westlichen Bündnisses die leitenden Handlungsmaximen.

In Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine haben die NATO-Staaten mit bisher zehn Sanktionspaketen die russische Wirtschaft, aber auch die eigenen Ökonomien beschädigt. Alle restriktiven Maßnahmen zielen darauf, die politischen Eliten und die Wirtschaft Russlands zu schwächen, wenngleich dies ohne Beschädigung der westlichen Ökonomien nicht zu haben ist. Neben der Sanktionierung von Finanzgeschäften und Banken sind es vor allem die großen Energie-, Finanz- und Technologieembargos, die bisherige Kooperationen aufheben. Dazu gehören zuvorderst das Import-Verbot von russischem Rohöl oberhalb einer festgelegten Preisgrenze, der Ausschluss der russischen Banken aus dem Swift-System zur Regulierung der internationalen Finanzströme und die massive Einschränkung des Zugangs zu auch kriegsrelevanten Schlüsseltechnologien.

Die Aggression Russlands ist nur eine Facette einer mehrdimensionalen internationalen Krise: Pandemie, Klimawandel, Inflation und Energiekrise, aber auch die Fragilität Europas, die unwägbare Zukunft der USA und das Machtstreben Chinas bündeln sich zu einer umfassenden Polykrise. Der Begriff der Polykrise bedeutet, dass sich die Wirkungen der jeweiligen Krisen gegenseitig verstärken. Der Begriff Polykrise, also das zeitliche Zusammenfallen mehrerer großer Krisen, trifft die gegenwärtige Realität präziser als »Zeitenwende«.

Vor welchen Herausforderungen steht die EU nach dem turbulenten Jahr 2022? Für die kapitalistische Produktionsweise – also die Wettbewerbsverhältnisse der kapitalistischen Nationen – ist der kritische Punkt die möglichst preiswerte Energieversorgung. Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine kamen die Hälfte der deutschen Gas- und Kohleimporte und sogar ein Drittel des Öls aus Russland. Wegen hoher Energiepreise verliert Europa strukturell an internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Seit Beginn des Krieges versucht die Bundesregierung, Alternativen zu russischen Energieimporten zu finden. Nach dem weitgehenden Ausfall der russischen fossilen Energien geht es um die Neugruppierung des Energiemixes und mit dem Ausbau der regenerativen Energien um eine Beschleunigung des European Green Deal oder den Übergang zu einer dekarbonisierten und weitgehend digitalisierten Betriebsweise des Kapitals. Im Hintergrund aller Reformanstrengungen steht die Klimakrise als existenzielles Menschheitsproblem im Zeitalter des Anthropozäns.

Die Energiekrise hat eine verstärkte Inflation ausgelöst. So kommt es mit der nicht nur auf die Ukraine beschränkte Flucht- und Migrationsbewegung, der Corona-Pandemie und der von der Explosion der Energiepreise verstärkten Inflation zu Kaufkraft- und Wohlstandsverschiebungen oder gar -brüchen. Die verschiedenen und sich verstärkenden Krisen sind jeweils eingebunden in gesellschaftliche Bewegungen und politische Konflikte. Die aktuellen Verteilungskonflikte verstärken die Entfremdung gegenüber gesellschaftlichen Institutionen und lösen eine zunehmende politische Entfremdung und Polarisierung aus. Denkbar wird, dass durch die Dynamik die Polykrise in einen Kipppunkt umschlägt, der nicht nur eine Verschiebung der nationalen politischen Kräfteverhältnisse bewirkt, sondern den Rückhalt für politische Parteien im demokratischen Wettbewerb gefährdet.

Fakt ist: Die westlichen Gesellschaften stolpern von einem Schock in den nächsten: »Es ist viel los, es schlägt viel auf uns ein. Diese Schocks bewegen sich sehr schnell, und sie potenzieren sich gegenseitig.«[1] Tooze warnt vor »nie da gewesenen Gefahren«, die mit immer größerer Gewalt auf uns zukommen würden. Der Hinweis darauf, dass die aktuelle gesellschaftliche Konstellation nicht als Resultat eines einzigen, spezifischen Kausalfaktors interpretiert werden darf, ist zu unterstreichen. Es könne zwar alles auch ganz anders kommen und er hoffe dies auch, sagt Tooze. Doch die ersten pessimistischen Andeutungen, die man schon vor einem halben Jahrhundert etwa in »Die Grenzen des Wachstums«, dem bekannten Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, habe lesen können, würden sich »jetzt bewahrheiten in einer recht radikalen Form«. Tooze fordert deshalb einen neuen Realismus, der sich durch zweierlei auszeichnet: erstens durch die Bereitschaft zum Wandel, zur Adjustierung, zu einer ständigen Veränderung der Perspektive. Zweitens müsse noch stärker auf Forschung und Entwicklung gesetzt werden. »Unser einziges wirkliches Patentmittel«, sagt Tooze dazu und verweist auf die Pandemie: »Was hat uns geholfen? Sozialer Abstand nicht, Lockdowns letztlich auch nicht. Was uns gerettet hat, sind die Impfstoffe.«

Dabei verschlimmbessert laut Tooze der Westen die Situation beständig durch gut gemeinte Lösungsstrategien, die nie das Ganze im Blick haben. Angefangen mit der Idee, dass das Wirtschaftswachstum als Allheilmittel sämtliche Probleme lösen könnte. Die Explosion der Gaspreise und die daraus resultierende Inflation verlangten geradezu nach einer gesamteuropäischen Lösung, sagt Tooze. Als Inflation im klassischen Sinne will er die Preissteigerungen dabei gar nicht gelten lassen. Selbst wenn die Gewerkschaften sich mit ihren derzeitigen Forderungen von bis zu 10% mehr Lohn durchsetzen sollten, sieht Tooze dies eher als Ausdruck ihrer Schwäche denn als den Beginn einer Lohnpreisspirale: Erst bei einem Lohnplus von 15% würde die gegenwärtige Teuerung ausgeglichen, sagt Tooze. Gerade wenn man den Hinweis ernst nimmt, jede eindimensionale und kausale Bewertung von Wirkungsfaktoren zu vermeiden, bleibt dennoch zutreffend, dass es für die aktuelle Zuspitzung der Verteilungskonflikte zwischen Lohnarbeit und Kapital einen Begründungszusammenhang gibt.

Verschärfung der Verteilungskonflikte

Die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der Wirtschaftskrieg zwischen Russland und der Europäischen Union sowie die Verschiebungen in der Wettbewerbsfähigkeit schwächen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und bewirken Wohlstandsverluste. Dies führt dazu, dass in erster Linie die Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, weltweit unter massiv steigenden Preisen leiden und zunehmend von Wohlstandsverlust und Armut bedroht sind. Verarmung von breiten Bevölkerungsschichten, Hungerkrisen und globale Fluchtbewegungen sind die Folge.

Steigende Inflationsraten bedeuten eine Verschiebung in den internationalen Wettbewerbsverhältnissen und für die Verbraucher*innen einen Verlust ihrer Kaufkraft. Das heißt: Viele Bürger*innen können sich weniger leisten. Der Vorsitzende des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, prognostiziert steigende Kosten für die Wirtschaft und Verluste beim Wachstum infolge des Krieges in der Ukraine. Die gestiegenen Energiekosten hätten die deutsche Wirtschaft »knapp 2,5 Prozent oder 100 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung gekostet«.[2] Nimmt man die Kosten der ökologischen Schäden hinzu, bewegt sich der gesellschaftliche Reproduktionsprozess in eine »Ära des schrumpfenden Wohlstands«.

Bei den Betroffenen führt dies zu Existenzängsten, bedroht ihre psychische und physische Gesundheit und fördert negative Gefühle. Gefühlte Perspektivlosigkeit, Ungerechtigkeitsempfinden, Zorn auf die sozioökonomischen Rahmenbedingungen und politische Unzufriedenheit sind die Folgen. Wirtschaftliche Krisen bestärken häufig populistische politische Strömungen, die mit vermeintlich einfachen Lösungen Verbesserungen der Lebensumstände versprechen. Soziale Krisen, die durch wirt-

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus.de.

[1] Adam Tooze, »Nie da gewesene Gefahren kommen auf uns zu, mit immer grösserer Gewalt«, NZZ Standpunkte 24.10.2022.

[2] Marcel Fratzscher in der »Rheinischen Post« vom 20.2. 2023. Der DIHK-Präsident Peter Adrian geht davon aus, dass rund 4% des deutschen Bruttoinlandsprodukts seit Kriegsbeginn bis Ende 2023 verloren gehen. »Damit werden rund 160 Milliarden Euro weniger erwirtschaftet – umgerechnet etwa 2000 Euro pro Kopf«, so Adrian.

schaftliche Krisen ausgelöst werden, können für politische Systeme und speziell für demokratische Ordnungen eine große Herausforderung darstellen.

Als Folge kämpfen die Gewerkschaften auf breiter Front für deutliche Lohnerhöhungen. Und Deutschland befindet sich im Streik-Frühling, weil die Gewerkschaften mit Warnstreiks ihre Forderungen unterstreichen: Für die Gewerkschaften stehen angesichts der Kaufkraftverluste Forderungen nach tabellenwirksamen und damit dauerhaften Tariferhöhungen im Zentrum. Nachdem die Tarife in den Jahren 2021 und 2022 zusammen um 5% bis 7% hinter der Inflationsrate zurückblieben, und für 2023 insgesamt erneut Preissteigerungen um 6% erwartet werden, sind die aktuellen Tarifforderungen notwendig, um Reallöhne und Kaufkraft zu sichern.

Mehr noch: Sowohl Steuern als auch Sozialversicherungsbeiträge vergrößern bei den Arbeitseinkommen die Wohlstandsverluste, denn die Beiträge (Steuern und Sozialabgaben) steigen mit den inflationierten Arbeitseinkommen, allerdings die sozialstaatlichen und administrativen Leistungen nicht. Konnten die Beschäftigten zu Beginn der 1970er-Jahre noch über 75% ihrer Bruttolöhne verfügen, waren es zuletzt weniger als 68%. (Siehe Abbildung 1)

In den zurückliegenden Zeiten wachsenden Wohlstands konnte die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten um rund 30% reduziert werden. Durch die veränderte Konstellation auf dem Weltmarkt stehen diese Tendenzen – Verbesserung der Einkommensverhältnisse und Verkürzung der Arbeitszeit – zur Disposition.

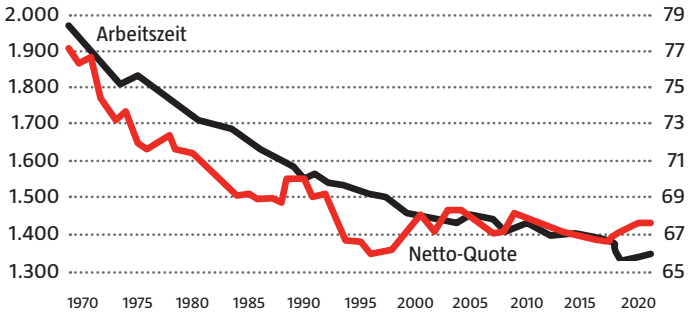
Die Inflation hat nicht mit dem heißen Krieg in der Ukraine begonnen, aber der Krieg hat die inflationären Strömungen angefacht, die bereits im Gange waren: Es ist wichtig, die heutige Inflation als Ergebnis eines eskalierenden Wirtschaftskriegs und einer anhaltenden Pandemie zu verstehen. Die Explosion der Energiepreise und die daraus resultierende Inflation verlangten eigentlich nach einer gesamteuropäischen Lösung. Aber angesichts der nationalstaatlichen Eigentümlichkeiten kann und wird es diese nicht geben, was zugleich bedeutet, dass die massiven Kaufkraft- und Wohlstandsverluste höchst unterschiedliche Abwehrstrategien seitens der Gewerkschaften und der politischen Linken hervorbringen.

Inflation und Strukturveränderungen im Weltmarkt

Schon vor fünf Jahren verschärfte der damalige US-Präsident, Donald Trump, den schwärenden Handelskrieg mit China, der bis heute andauert. Dann kam vor drei Jahren die Corona-Pandemie, deren Lockdowns die Weltwirtschaft stocken ließen und die Lieferketten durcheinanderwirbelten. Und schließlich löste die russische Invasion in der Ukraine präzedenzlose Sanktionen aus, die für große Veränderungen im Handel mit Russland und auf den weltweiten Energiemärkten sorgten. Durch diese Entwicklungen wird der Westen mit erheblichen Wohlstandseinbußen konfrontiert.

Schon der hartnäckige Versuch der USA, Chinas Entwicklung einzuschränken, ist nicht ohne Folgen geblieben. Ab Juli 2018 hatte der damalige Präsident Donald Trump in vier Schritten Strafzölle zwischen 7,5 und 25% verhängt, die zuletzt zwei

Abb. 1: Arbeitszeit und Netto-Einkommensquote der Lohnbezieher in Deutschland



Arbeitszeit: Jährliches Arbeitsvolumen je Arbeitnehmer (in Stunden, linke Achse)
Netto-Quote: Nettolohn als Anteil in % der Bruttolöhne (rechte Achse)
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute

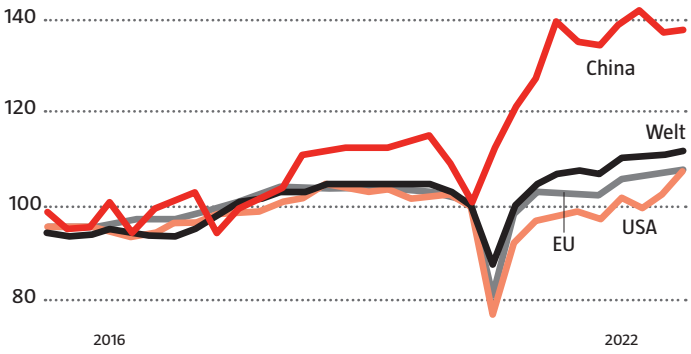
Drittel der Einfuhren aus China betrafen. Präsident Joe Biden führte diese Politik fort. Seither zeigt sich, dass die Einfuhren von Gütern der am stärksten mit Strafzöllen belegten Warengruppen um über einen Drittel eingebrochen sind, und erst langsam wieder wachsen.

Schon diese Beschränkung hat enorme Folgen: Expert*innen schätzen, dass amerikanische Konsument*innen dadurch mit rund 80 Mrd. US-Dollar an Kaufkraftverlust belastet wurden, was der größten impliziten Steuererhöhung seit Jahrzehnten entspreche. Zudem hat die amerikanische Industrie durch die höheren Zölle auf ihren Vorleistungen an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Tax Foundation schätzt den dadurch ausgelösten Verlust an Arbeitsplätzen auf gut 170.000 Vollzeitstellen. Allerdings wurden die mit hohen Strafzöllen belegten Einfuhren aus China offensichtlich zu einem guten Teil durch Einfuhren aus anderen Ländern ersetzt. Die zunehmend erbittert geführte Operation, den Export von Hochtechnologie nach China zu unterbinden, wird die Kosten des Handelskriegs weiter in die Höhe treiben.

Diese Entwicklung wird durch den Krieg in der Ukraine weiter zugespitzt. Als Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine haben westliche Staaten beträchtliche Sanktionen gegen Moskau verhängt. Der Kreml konterte mit Gegensanktionen und setzte vor allem Rohstoffe als Waffe ein, um den Westen unter Druck zu setzen. Seit April 2022 hat Putin für mehrere Länder den Gashahn zugedreht. Europa und die USA versuchen ihrerseits, Moskau mit einem Boykott des russischen Öls die Finanzmittel für den Krieg zu entziehen. Erhebliche strukturelle Verschiebungen im Welthandel zeigen sich daher nicht nur im Verhältnis der USA mit China, sondern auch in jenem von Russland mit dem Rest der Welt.

Diese Verschiebungen in der Weltwirtschaft führt Unternehmern und Politikern die Bedeutung geopolitischer Risiken vor Augen. Viele streben nach mehr Resilienz, was das Handelsvolumen kurzfristig etwas dämpfen dürfte. Es bleibt die Herausforderung, vor lauter Streben nach nationaler Sicherheit und Unabhängigkeit den mit der internationalen Arbeitsteilung verbundenen Wohlstandsgewinn nicht grundsätzlich auszuschließen. Meinen wir es ernst mit einer globalen Klimapolitik, bleibt uns eigentlich gar nichts anderes übrig, als gemeinsam nach auf

Abb. 2: Quartalsweise Entwicklung des Exportvolumens (Index; 1. Quartal 2020 = 100)



Quelle: WTO

Marktlösungen basierenden effizienten Lösungen zu suchen. Subventionen in den USA und in der EU, die den Unternehmen im Zeichen der Klimapolitik helfen sollen, trotz reduzierten Vorteilen aus der internationalen Arbeitsteilung wettbewerbsfähig zu bleiben, werden die Kosten des Protektionismus noch weiter erhöhen, die die Konsument*innen und Steuerzahler*innen schultern müssen.

Erfreulicherweise zeigen die Daten eine deutliche Erholung im internationalen Handel. (Siehe Abbildung 2) Der Wert der gehandelten Waren ist wegen der preistreibenden Effekte der Polykrisen deutlich stärker gestiegen als ihr Volumen. Laut den Schätzungen der Welthandelsorganisation (WTO) dürfte sich der Güterhandel 2022 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 bis 4% erhöht haben, sein Wert im zweiten Quartal jedoch um 17%. Mit den preisbremsenden Sanktionen sind die russischen Exporte in die EU, die USA, nach Großbritannien, Japan und Südkorea auch wertmäßig um über die Hälfte eingebrochen.

Der befürchtete Einbruch des Welthandels nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ist nach Daten der WTO ausgeblieben. Grund sei unter anderem, dass Länder trotz Versorgungsängsten keine Handelsbarrieren aufgebaut hätten, berichtete die Welthandelsorganisation (WTO). Sie geht für 2022 von deutlich mehr als 3% Wachstum des Welthandels aus. Auch die Preise von Gütern, die vom Krieg betroffen waren, stiegen weniger scharf als befürchtet. Weil Russland ukrainische Exporte behinderte und wegen Sanktionen selbst Exportprobleme bekam, hatten Ökonom*innen einen Preisanstieg in ärmeren Ländern um 85% nicht ausgeschlossen. Tatsächlich stieg er dort um 17%, so die WTO. Die Länder hätten andere Quellen für Produkte gefunden, die sie vorher aus Russland oder der Ukraine importiert hatten, etwa bei Weizen, Mais, Sonnenblumenprodukten, Düngemittel, Öl und Gas und Palladium. Äthiopien, das 45% seines Weizens aus Russland und der Ukraine bezog, habe zum Beispiel mehr Weizen aus den USA importiert und Argentinien als ganz neuen Lieferanten gewonnen.

Eingetrübte Wachstumsperspektiven

Der globale Warenhandel hat sich angesichts der Polykrisen mit den Schocks für die gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse positiv entwickelt. Gleichwohl sind die Aussichten für die Globalökonomie nicht berauschend. Zuletzt ist das Wirtschaftswachstum in 90% der Industriestaaten zurückgegangen. Währungsfonds-Chefin Georgiewa fordert weltweite Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität.

Der Internationale Währungsfonds rechnet auch in den nächsten Jahren trotz einer erstaunlich stabilen Beschäftigungsentwicklung mit lediglich geringem Wirtschaftswachstum. »Das Wachstum bleibt historisch schwach – jetzt und mittelfristig«, sagte IWF-Chefin Kristalina Georgiewa. »Wir gehen davon aus, dass das weltweite Wachstum in den nächsten fünf Jahren bei etwa drei Prozent liegen wird – unsere niedrigste Mittelfristprognose seit 1990.«[3] Der Schnitt der vergangenen beiden Jahrzehnte habe bei 3,8% gelegen. Zentral seien nun mehr Digitalisierung, mehr Investitionen in erneuerbare Energien, mehr Strukturreformen und mehr Zusammenarbeit auf internationaler Bühne statt geopolitischer Spannungen. Wirtschaftliche Fragmentierung müsse vermieden und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität müssten ergriffen werden.

In diesem Jahr würden Indien und China die Hälfte des weltweiten Wachstums ausmachen. Das Wachstum verlangsame sich in 90% der Industriestaaten – so auch im Euroraum. Dort würden hohe Zinsen die Nachfrage belasten.

Der Einmarsch Russlands in der Ukraine hat die bereits angespannten Beziehungen zwischen den USA und China verschlechtert, die globale Inflationskrise verschärft und den Hunger in der Welt angeheizt. »Angesichts der zunehmenden geopolitischen Spannungen und der nach wie vor hohen Inflation ist ein robuster Aufschwung nach wie vor schwer zu erreichen«, sagte Georgiewa. »Dies beeinträchtigt die Aussichten aller, insbesondere der schwächsten Menschen und Länder.«

Bereits im Januar hatte der IMF ein weltweites Wachstum von nur 2,9% für dieses Jahr vorhergesagt – also 0,5 Prozentpunkte weniger als 2022. Anfang April betonte Georgiewa, dass mit einem Wirtschaftswachstum von weniger als 3% zu rechnen sei. Sie sieht auch die geopolitischen Spannungen durch den Ukrainekrieg und das schlechte Verhältnis zwischen den USA und China als Ursache für die lahmende Weltwirtschaft.

Eine wichtige Rolle kommt laut IWF wegen der hartnäckig hohen Inflation den Notenbanken zu, die die Zinsen derzeit so stark anheben wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der Trend werde sich fortsetzen, so die IWF-Chefin. Gleichzeitig müssten die Notenbanken aber auch auf die Finanzstabilität achten, die zuletzt durch den Kollaps mehrerer Banken in den USA und in der Schweiz wieder in den Vordergrund rückte. Sollte das Bankensystem instabil werden, müssten die Geldpolitiker*innen kompliziertere Abwägungen zwischen Inflation und dem Schutz des Finanzsystems treffen, ergänzte sie. »Sie müssen wachsamer und agiler sein denn je.« Grundsätzlich seien Banken widerstandsfähiger geworden seit der Finanzkrise von 2008.

[3] »Global economy heading for weakest growth since 1990, says IMF boss«, The Guardian 5.4.2023.

Forum Wissenschaft 1/2023

Studentischer Protest
Geschichte und Gegenwart

Am 18. Februar 1943 wurden Hans und Sophie Scholl beim Verteilen antifaschistischer Flugblätter in der Münchener Universität verhaftet. Schon wenige Tage später wurden sie und weitere Mitglieder der »Weißen Rose« hingerichtet.
Die mutigen Aktionen jährten sich nun zum 80. Mal, Anlass für uns, die Tätigkeit der »Weißen Rose« zu würdigen. Unter Studierenden an deutschen Hochschulen fand sich ansonsten nur wenig Widerstandspotenzial. Große Teile der akademischen Jugend waren schon vor 1933 eindeutig pronazistisch; im deutlichen Kontrast dazu steht die Wahrnehmung von Studierenden seit 1968 als überdurchschnittlich links. Wie fällt eine Bestandsaufnahme der Geschichte deutscher studentischer Bewegungen aus?
Bedeutsame Protestaktionen an Hochschulen finden gegenwärtig vor allem in anderen Ländern statt, so an der Bogazici-Universität in Istanbul oder bei der Jin-Jiyan-Azadi-Revolution im Iran. Sie verdienen unsere Sympathie und Solidarität.

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler (BdWi)
www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

Ossietzky
Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

jetzt abonnieren

www.ossietzky.net

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre

seit 1905 Die Schaubühne Die Weltbühne seit 1918

Berliner Republik: Konjunktur-Optimismus für 2023

Die wichtigsten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute blicken mit wachsender Zuversicht auf die konjunkturelle Lage in Deutschland. (Siehe Abbildung 3) Noch im Herbst hatten die Institute erwartet, dass die Energiekrise in diesem Jahr zu einer Rezession führen könnte. Nun rechnen sie damit, dass das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um 0,3% wächst, wie es in der Gemeinschaftsdiagnose für die Bundesregierung heißt.

Auch die fünf Wirtschaftsweisen haben ihre Prognose für dieses Jahr angehoben, nachdem sie im vergangenen November noch einen Rückgang des BIP um 0,2% geschätzt hatten. Durch die stabilisierte Energieversorgungslage und gesunkene Großhandelspreise habe sich die Wirtschaftsentwicklung leicht gebessert. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) erwartet ein Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2% im Jahr 2023 und von 1,3% in 2024.

Der kurzfristige Ausblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hat sich gegenüber dem Herbst 2022 zwar leicht verbessert, die Lage bleibt aber angespannt. »Die hohe Inflation stellt in diesem Jahr weiterhin eine große Belastung für die Konjunktur dar. Sie ist der größte Belastungsfaktor für die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr und dämpft den privaten Konsum. Zudem belasten die steigenden Zinsen die Investitionen.«

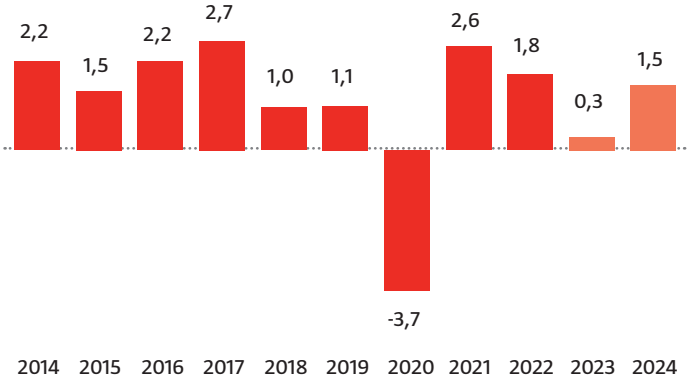
Nach Einschätzung des Sachverständigenrates hat die Inflation ihren Hochpunkt vom Herbst 2022 überschritten. Sie dürfte aber nur langsam zurückgehen. »Die Inflation kommt zunehmend in der Breite der Wirtschaft an«, erklärte SVR-Mitglied Martin Werding. »Die gestiegenen Erzeugerpreise und die zu erwartenden Lohnsteigerungen dürften die Verbraucherpreisinflation noch bis ins kommende Jahr hinein hochhalten.« Die Inflation dürfte nach der Prognose im Jahresverlauf zwar rückläufig, aber noch deutlich erhöht bleiben und für 2023 durchschnittlich 6,6% betragen. (Siehe Abbildung 4) Für das kommende Jahr erwartet der Sachverständigenrat einen Rückgang auf 3,0%.

Entscheidend für die Korrektur der Wachstumsprognose ist Aufhellung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das globale BIP wuchs im Jahr 2022 um 2,9% und damit um 0,1 Prozentpunkte mehr als im Jahresgutachten 2022 prognostiziert. Die globale Industrieproduktion schrumpfte im 4. Quartal 2022 um 0,8% und der globale Warenhandel um 2,1% gegenüber dem Vorquartal. Das schwache Wachstum zum Jahresende 2022 war durch die Stagnation der chinesischen Wirtschaft und das geringe Wachstum der fortgeschrittenen Volkswirtschaften bedingt.

Die globalen Konjunkturaussichten haben sich im Vergleich zum Herbst 2022 leicht verbessert. Insbesondere die Abkehr Chinas von der strikten Null-Covid-Politik dürfte das globale Wirtschaftswachstum zunehmend stützen. So revidiert der Sachverständigenrat die Prognose für das globale BIP-Wachstum im Jahr 2023 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,2% nach oben.

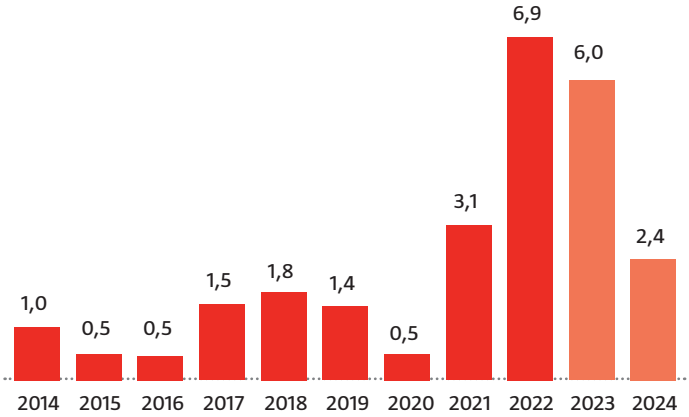
Auch die führenden wirtschaftlichen Forschungsinstitute kommen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose[4] zu einer optimisti-

Abb. 3: BIP in Deutschland (in % gg. Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institute

Abb. 4: Inflationsrate in Deutschland (in % gg. Vorjahr)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institute

scheren Bewertung: »Der konjunkturelle Rückschlag im Winterhalbjahr 2022/2023 dürfte glimpflicher ausgefallen sein als im Herbst befürchtet. Die angebotsseitigen Störungen, die die deutsche Wirtschaft seit geraumer Zeit belasten, haben nachgelassen.« Die Kurzfristprognose bis zum Jahr 2024 sieht ein minimales Wachstum vor (siehe Tabelle 1).

Im Gutachten werden jedoch verschiedene Risiken für die Weltkonjunktur betont. Sollte sich die Konjunktur etwa in den USA stärker als erwartet abkühlen, z.B. aufgrund einer verstärkten geldpolitischen Straffung, würde dies andere Wirtschaftsräume in Mitleidenschaft ziehen. Dies könnte insbesondere die sich gerade erholende und für den Weltmarkt wichtige chinesische Industrie bremsen. Umgekehrt könnte eine höhere Produktion in China über eine steigende Nachfrage nach Rohstoffen wie Metallen oder Energieträgern preistreibend wirken. Auch besteht das Risiko, dass sich die geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China auf die weltweite Konjunktur auswirken – insbesondere, falls es zu Sanktionen oder höheren Zöllen auf bestimmte Rohstoffe und Produkte kommen sollte.

Aufgrund der Handels- und Finanzmarktbeziehungen könnte eine unerwartete Abkühlung der US-Wirtschaft auf den Euro-Raum überspringen. Demgegenüber könnte eine stärker als erwartete Erholung der Nachfrage in China der Exportwirtschaft im Euro-Raum einen zusätzlichen Schub geben. Sollten die geopolitischen Spannungen zwischen den USA und China zu wechselseitigen Wirtschaftssanktionen oder höheren Zöllen führen, könnte dies die europäische Wirtschaft negativ beeinflussen.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2020	2021	2022	2023	2024
Reales Bruttoinlandsprodukt[1]	-3,7	2,6	1,8	0,3	1,5
Erwerbstätige[2]	44.915	44.980	45.570	45.900	45.963
Arbeitslose[3]	2.695	2.613	2.418	2.483	2.405
Arbeitslosenquote[4]	5,9				
Verbraucherpreise[1, 5]	0,5	3,1	6,9	6,0	2,4
Lohnstückkosten[1, 6]	2,8	0,7	3,3	6,4	4,0
Finanzierungssaldo Staat[7]					
in Mrd. Euro	-147,6	-134,3	-101,3	-90,8	-39,9
in % des nominalen BIP	-4,3	-3,7	-2,6	-2,2	-0,9
Leistungsbilanzsaldo					
in Mrd. Euro	238,7	265,0	145,1	232,2	257,5
in % des nominalen BIP	7,0	7,4	3,8	5,7	6,0

[1] Veränderung gg. Vorjahr in %; [2] Inlandkonzept, 1.000 Personen; [3] 1.000 Personen; [4] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen; [5] Verbraucherpreisindex (2020=100); [6] Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Stunde bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigenstunde; [7] In der Abrenzung der VGR (ESVG 2010) | Quelle: Gemeinschaftsdiagnose 1-2023

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat angesichts der hohen Inflation begonnen, ihre Anleihebestände zu reduzieren, und die Leitzinsen deutlich angehoben. Dies verschlechtere die Finanzierungsbedingungen für Haushalte und Unternehmen, was sowohl die Konsumnachfrage als auch die Investitionen dämpfe. Die straffere Geldpolitik dürfte sich erst im Verlauf des Jahres merklich auf die Inflation auswirken und deren Entwicklung spürbar bremsen. »Die Inflation ist noch weit vom Ziel der EZB von 2 Prozent entfernt, daher dürften weitere Zinserhöhungen in diesem Jahr erforderlich sein«, sagte SVR-Mitglied Ulrike Malmendier. Die hohe Unsicherheit an den Finanzmärkten erschwere allerdings die Inflationsbekämpfung durch die Zentralbanken.

Die Energiepreise sind in den vergangenen Monaten deutlich gesunken, doch für den kommenden Winter könne man trotzdem keine Entwarnung geben, sagte Energie-Expertin Veronika Grimm. Die Gefahr einer Gasmangellage bestehe im nächsten Winter, weil der Ausfall der russischen Gaslieferungen nicht vollständig durch andere Energiequellen kompensiert werden könne. Für Gas- und Strompreisbremse müsse die Regierung wegen der gesunkenen Preise aber viel weniger ausgeben als ursprünglich erwartet: Die Gaspreisbremse koste den Staat 2023 voraussichtlich nur etwa 15 Mrd. Euro, die Strompreisbremse etwa 13 Mrd. Euro.

Auch in der Prognose des Sachverständigenrates wird auf verschiedene Risiken verwiesen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen wirtschaftliche Auswirkungen stellen weiterhin den größten Unsicherheitsfaktor für die Prognose dar. Es ist davon auszugehen, dass es unabhängig vom weiteren Verlauf des Krieges auf absehbare Zeit keine Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Russland geben und das Sanktionsregime der Europäischen Union bestehen bleiben wird.

[4] https://gemeinschaftsdiagnose.de/.

»Die Weltwirtschaft steht auf des Messers Schneide«

Die Langfristprognosen der Wirtschaftsleistung sehen nicht optimistisch aus. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel) geht davon aus, dass Deutschlands Wirtschaftswachstum bis 2027 auf 0,7% und damit auf die Hälfte des bisherigen langjährigen Durchschnitts abflauen werde. »Deutschland stehen magere Jahre bevor. Die Alterung der Gesellschaft drückt die Wachstumsaussichten empfindlich, weil künftig weniger Menschen arbeiten werden. Hinzu kommen nun infolge des Krieges in der Ukraine knapper und teurer gewordene Energierohstoffe, die in vielen Produktionsprozessen eine wichtige Rolle spielen«, sagt IfW-Kiel-Vizepräsident Stefan Kooths. Daher dürfte die bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten mögliche Zunahme der Wirtschaftsleistung Ende 2027 nur noch knapp 0,7% betragen. Vor der Corona-Pandemie lag sie im langjährigen Schnitt bei 1,3%.

Auch die Weltbank geht von einer deutlichen Abschwächung der Wachstumsrate für die Globalökonomie auf 1,7% für 2023 aus: »Ich bin zutiefst besorgt, dass die Verlangsamung andauern könnte«, sagte Weltbank-Chef David Malpass. In praktisch allen Regionen der Welt werde das Pro-Kopf-Einkommen langsamer wachsen als in der Zeit vor der Corona-Pandemie, heißt es in dem Bericht »Global Economic Prospects«. Abgesehen von den Krisenjahren 2009 und 2020 wäre ein weltweites Wirtschaftswachstum von rund 1,7% der niedrigste Wert seit fast drei Jahrzehnten. Für die Industrienationen erwartet die Weltbank eine spürbare Abkühlung. So werden für die USA als auch für die Euro-Zone nur Wachstumsraten von jeweils 0,5% vorausgesagt.

Ein schwächeres Wachstum der Weltwirtschaft werde aber besonders Entwicklungsländer hart treffen, so Malpass. »Es besteht eine verheerende Diskrepanz zwischen den Regionen, die umfangreiche neue Investitionen benötigen, um die wachsende Bevölkerung zu versorgen, und den tatsächlichen Investitionsströmen«, mahnte er. Schwellen- und Entwicklungsländer kämpfen bereits jetzt mit hohen Schuldenständen und schwachen Währungen. Bei sinkenden Investitionen könnten auch die Folgen der Klimakrise schwieriger bewältigt werden, die Verringerung von Armut und Ungleichheit käme nicht voran. Es gilt die Mahnung von Tooze über den möglichen Umschlag in der Polykrise zu beachten: Jeder unerwartete Schock kann bei diesem schwachen Wirtschaftswachstum zu einer globalen Rezession führen. In der Tat: »Die Weltwirtschaft steht auf Messers Schneide.«

Schon für die Ära der Prosperität galt: Die Wirtschaft und die Löhne wachsen kaum noch – kein Wunder, denn auch die Produktivität steigt nur noch langsam. Zugleich war die Inflation seit Jahren niedrig, und die Zinsen sahen die Nulllinie allzu oft von unten. Als plausible Erklärung gilt die Theorie der säkularen Stagnation. Der Harvard-Ökonom und ehemalige amerikanische Finanzminister Larry Summers spricht seit Jahren von der Phase der »säkularen Stagnation«: Die entwickelte Welt stecke in einer dauerhaften Wachstumsschwäche – auch weil die Bevölkerung altert (also beispielsweise weniger junge Leute Häuser bauen) und neue, digitale und dienstleistungsgetriebene Geschäftsmodelle weniger Kapital erfordern als die großen Industrieanlagen des vergangenen Jahrhunderts.

Die säkulare Stagnation ist deshalb so gefährlich, da diese langfristig zu einem Ungleichgewicht zwischen Investitionstätigkeit und Sparverhalten führt. Dadurch investieren Marktteilnehmer*innen (Unternehmen, Konsument*innen) immer weniger, die Investitionstätigkeit sinkt, das Wirtschaftswachstum flaut ab. Gleichzeitig jedoch steigt die Sparquote, das Wirtschaftswachstum wird somit noch weiter gebremst, ein Teufelskreis entsteht.

Was zu tun wäre

Eine der größten Herausforderungen für die westlichen, d. h. kapitalistischen Gesellschaften ist ein struktureller Nachfragemangel aufgrund der Bevölkerungsalterung und der tendenziell schrumpfenden Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Dies führt zu einer säkularen Stagnation, die durch niedrige Inflation, schwaches Wirtschaftswachstum und Unterbeschäftigung gekennzeichnet ist. Dies war in Japan in den letzten Jahrzehnten der Fall und dürfte sich auch in naher Zukunft nicht ändern. Die Eurozone und, in geringerem Maße, die USA rutschen seit über einem Jahrzehnt in eine ähnliche Situation hinein. Durch die jüngste Polykrise verdichtet sich diese Tendenz.

In der Prosperitätsphase wurde das Instrument der Geldpolitik zunehmend stumpf; dagegen hatte die Finanzpolitik das Potenzial, die Nachfrage zu stützen. Dies erfordert die Umsetzung eines massiven Stimulus, der die Wirtschaft vorübergehend »überhitzt«, um der Niedriginflationsfalle dauerhaft zu entkommen. Mit dem Ende der Pandemie setzen viele Länder weltweit Konjunkturpakete von bisher ungekanntem Ausmaß um.

Dies bietet eine einzigartige Gelegenheit, die Stagnation zu beenden. Die kürzlich in den USA angekündigten und umgesetzten Konjunkturmaßnahmen entsprechen einer solchen Strategie. In der Eurozone hingegen gibt es keine derartigen Pläne. Die Bekämpfung des Klimawandels eröffnet die Chance für eine Überwindung dieser Entwicklungstendenz. Aber die unterstellt ein Umdenken bei den staatlichen Interventionen. Wenn der Staat die gesellschaftliche Infrastruktur besser wartet, müsste er gegenwärtig weitere Verschuldung in Kauf nehmen, aber spart langfristig viel und verbesserte nicht nur den ökologischen Fußabdruck, sondern auch die Lebensverhältnisse insgesamt.

In dem von Gewerkschaften und linken politischen Kräften vorgeschlagenen »Green New Deal« sind viele Vorschläge enthalten, die Investitionen in eine sozialökologische Transformation der Betriebsweise lenken und verstärken könnten.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de